

Schuberts politische Eskapaden

Aus dem Kriminalgericht Moabit ist vergangene Woche erneut ein Angeklagter entkommen. Die zweite Flucht eines Gefangenen in einem Monat, die fünfte in diesem Jahr. Die politischen Eskapaden – im wahrsten Sinne des Wortes – von SPD-Justizsenatorin Schubert sind nicht mehr zu ertragen. Dank ihr gibt es in den Berliner Haftanstalten über das ganze Jahr hinweg einen „Tag der offenen Tür“.

Die Kritik an ihrer Amtsführung würde vielleicht glimpflicher ausfallen, wäre unter Rot-Rot alles Menschenmögliche getan worden, um unsere Gefängnisse sicherer zu machen. Aber nein, es wurde gestrichen, dass sich die Gitter biegen: Personalabbau in den Gefängnissen, eine konstante Überbelegung und ein massiver Abbau von Justizwachmeistern, die für die Sicherheit in den Justizgebäuden zuständig sind.



Henkel redet Klartext

Angesichts der vielen erfolgreichen Fluchten und der Streichpolitik zu Lasten der Sicherheit bleibt nur festzuhalten: In Berlin gibt es einen Fehler im Justizsystem. Dieser Fehler heißt Karin Schubert. Hätte die SPD-Senatorin noch einen Funken politischen Anstandes, dann würde sie unverzüglich von ihrem Amt zurücktreten. Schließlich haben Justizminister in anderen Bundesländern schon bei wesentlich geringeren Anlässen ihre Ämter niedergelegt.

Aber das wird Wowereit SPD aus Wahlkampfgründen nicht zulassen. Wenige Tage vor dem Wahltermin ist ein Rücktritt auch nicht mehr notwendig. Denn die „Königin der Ausbrecher“ wird dem nächsten Senat, gleich in welcher Konstellation, wohl nicht mehr angehören. Frau Schubert, die Berlinerinnen und Berliner werden Sie nicht vermissen – mit Sicherheit!

Mit Null-Toleranz gegen Kriminalität

Konsequenz war das Stichwort des Abends. So konsequent die Hauptstadt-Union mit dem Thema „Wieder mehr Sicherheit für Berlin“ ihre Kongressreihe ABS – Arbeit, Bildung, Sicherheit



- zur Abgeordnetenhauswahl mit der Inneren Sicherheit beendete, genauso konsequent waren die Forderungen.

Der Berliner CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger stellte sein sicherheitspolitisches Konzept für Berlin vor: „Null Toleranz“ gegen Kriminalität – konsequente Ahndung auch von so genannten Bagatelldelikten. Videoüberwachung gefährdeter Orte und eine konsequentere Strafverfolgung waren die Eckpunkte seines Einführungsreferats. Friedbert Pflüger betonte, die in den Vereinigten Staaten von Amerika verfolgte Linie der „zero tolerance“ gegenüber Kriminalität konsequent umsetzen zu wollen. Die Erfolge in Städten wie New York zeigten, dass es keine Alternative zur Bekämpfung bereits von so genannten Bagatelldelikten gäbe.



Innenexperten im Gespräch: Wolfgang Bosbach MdB, Hagen Saberschinsky, Dr. Kuno Böse (Moderation), Konrad Freiberg und Frank Henkel MdB (v.l.)

delikten gäbe. Pflüger: „Das muss bei angeblichen Bagatelldelikten beginnen. Wer bei Schulschwänzen, Graffiti und so genannten weichen Drogen wegschaut, der kriegt auch die starke und schwere Kriminalität nicht in den Griff. „Nicht Kürzungen sind gefragt, sondern Ideen - wie beispielsweise die Wiedereinführung des freiwilligen Polizeidienstes“, so Pflüger. Dies solle keinesfalls auf dem Rücken der verbeamteten Polizei geschehen, im Gegenteil die Union wolle vielmehr den Abbau von 1300 Polizeistellen unter Rot-Rot schrittweise wieder rückgängig machen.

Eine Möglichkeit der Gegenfinanzierung könne eine Beschleunigung von Asylverfahren sein. „Wir können nicht Leute, die hier leben und keine wirkliche Legitimation dafür haben, letztlich dafür auch noch belohnen“, sagte Pflüger mit Blick auf viele in Deutschland lebende Asylbewerber mit Duldungsstatus. Durch eine Beschleunigung der Verfahren, etwa durch Einrichtung weiterer spezialisierter Spruchkammern, ließen sich für Berlin rund 50 Millionen Euro pro Jahr sparen, sagte der CDU-Politiker. Pflüger: „Einzelfälle müssen genau geprüft werden, grundsätzlich muss aber gelten, dass ausreisepflichtige Ausländer Deutschland auch wieder verlassen.“

Der Eröffnungsredner des Kongresses, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, unterstützte den Spitzenkandidaten der Berliner Union und

sprach sich für ein Ende von Rot-Rot aus. „Die sich international verändernde sicherheitspolitische Lage geht auch an der deutschen Hauptstadt nicht vorbei. Eine Kürzung bei der Polizei ist deshalb nicht der richtige Weg“, betonte Schäuble.

Die anschließende Expertenrunde zeigte sich bestürzt über den laxen Umgang des rot-roten Senats mit dem Thema Sicherheit und Kriminalität. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-



Bundestagsfraktion und CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach, MdB, der ehemalige Polizeipräsident Hagen Saberschinsky und Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, bescheinigten Friedbert Pflüger und seinem designierten Innenminister Frank Henkel, der ebenfalls Teilnehmer der Diskussion war, das weitaus bessere sicherheitspolitische Konzept. Das Spardiktat des Finanzsenators dürfe nicht auf Kosten von Polizei und Feuerwehr gehen und dazu führen, dass Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger eine Frage des Geldbeutels sei.



CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt

BBI muss Erfolgsprojekt werden

Nach dem ersten Spatenstich warnte der CDU-Landesvorsitzende davor, das Projekt BBI durch Patzer zu gefährden.

„Der erste Spatenstich in Schönefeld läutet für den Luftverkehrsstandort Berlin eine neue Zeitrechnung ein. Jobmaschine, Wirtschaftsmotor und Touristenmagnet - die Erwartungen an den Großflughafen BBI sind hoch. Der Senat darf dieses Erfolgsprojekt nicht weiter durch seine undurchdachte Politik voller Patzer gefährden“, sagt der CDU-Landesvorsitzende und Verkehrsexperte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingo Schmitt, zum Beginn der Bauarbeiten für den neuen Airport.

Schmitt weiter: „Die Unfähigkeit von Rot-Rot den Wirbel zwischen der Berliner Flughafengesellschaft und Easyjet in den Griff zu bekommen, hat mehr denn je offenbart, dass der jetzige Senat einem Großprojekt BBI nicht gewachsen ist. Spätestens nachdem nun die ersten Bagger fahren, müssen die Detailplanungen endlich mit den zukünftigen Nutzern abgestimmt werden.“

Auch hinsichtlich der Vereinbarungen mit dem Billigflieger Easyjet ist Herr Wowereit, als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft, den Berlinern nach wie vor noch eine Antwort schuldig. Rund 40.000 neue Arbeitsplätze, Drehkreuz für internationalen Passagier- und Frachtverkehr und drittgrößter Airport Deutschlands - der Großflughafen in Schönefeld braucht auf seinem Weg zum Erfolg eine verlässliche und verbraucherorientierte Politik, wie sie nur unter Führung der CDU Berlin möglich ist.“

Masterplan für Berlins Finanzen



Friedbert Pflüger (Mitte), Frank Henkel (rechts) und Alexander Kaczmarek (links und Bild rechts) erläutern das CDU-Finanzkonzept.

Die versunkenen Schätze heben. Die Entschuldung Berlins ist machbar.

Das sind die zentralen Aussagen bei der Vorstellung des finanzpolitischen Konzepts der Berliner Union zur Abgeordnetenhauswahl.

Aus Sicht von CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger ist ein Umsteuern im finanziellen Bereich dringend notwendig. Pflüger: „Wir sind fest entschlossen, die Wahl zu gewinnen, um den weiteren Abstieg Berlins“ zu stoppen. Wir übernehmen eine enorme Erblast, wenn wir nach dem

17. September regieren.“ Er warf Rot-Rot vor, für über ein Drittel des derzeitigen Berliner Schuldenbergs von fast 60 Milliarden Euro Verantwortung zu tragen. Dass die Koalition den Haushalt erfolgreich konsolidiert habe, sei „eine Mär“. Das vorgelegte Papier bezeichnet er als „Masterplan für die finanzielle Gesundung Berlins“.

Vorgestellt und erläutert wurde dies von dem für das Amt des Finanzsenators vorgesehenen Alexander Kaczmarek. Nach seinen Worten sollen „ver-

sunkene Schätze“ in der Landesverwaltung und im Haushalt gehoben werden, um der hoch verschuldeten Stadt wieder mehr Einnahmen zu sichern.

Kaczmarek: „Gerade ein Bundesland mit Rekordverschuldung muss gezielt investieren, Verwaltung modernisieren und Prioritäten für Wachstum und Beschäftigung setzen.“

Der Finanzexperte betont, dass die Entwicklung der Ver-

schuldung Berlins unter dem Regierenden Bürgermeister Wowereit nicht gebremst, sondern beschleunigt wurde. „Betrachtet man den Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben, wird aus dem vermeintlichen Primärüberschuss, den der Finanzsenator als Beleg für seine Erfolge immer gern strapaziert, ein immer noch gewaltiges Finanzierungsdefizit“, sagt er.

Die strukturelle Konsolidierung der SPD und PDS besteuere hingegen im wesentlichen in einer stetigen Absenkung der Investitionsausgaben. Die eingesparten Beträge muss-



ten dann allerdings wieder für steigende Zinsen ausgegeben werden. Kaczmarek stellt fest, dass Berlin seit 2002 endgültig in der Schuldenfalle sitze, aber sich in den Wahlprogrammen der SPD und der PDS sich keine Aussagen darüber finden, wie die Haushalts- und Finanzpolitik in der nächsten Legislaturperiode aussehen solle.

„Im Jahre 2010 wird ein unionsgeführter Senat einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen“, sagt der designierte CDU-Finanzsenator. Bereits zu den Beratungen über den Haushalt 2006/07 habe die CDU ein erhebliches zusätzliches Entlastungspotential vorgestellt. Diese „versunkenen Schätze“ gelte es in einer Größenordnung von 625 Millionen Euro zu heben, etwa beim Interessenausgleich mit dem Bund, bei der Optimierung des Teilbereichs der Beschäftigungsfaktor. Grütters: „Um die Kulturwirtschaft auch in Berlin zu einem Image- und Standortfaktor zu entwickeln, bedarf es effizienter Förderstrukturen und verlässlicher Rahmenbedingungen, für die Union sorgen wird.“

Rot-Rot ignoriert Kultur-Arbeitsmarkt

Rot-Rot ignoriert die Potenziale der hauptstädtischen Kulturwirtschaft.

In fünf Jahren Regierungszeit ist es dem rot-roten Senat weder gelungen, neue wirtschaftliche Perspektiven für die Stadt zu entwickeln noch die vorhandenen Potenziale zu nutzen, stellt Monika Grütters (CDU) fest. Die im Regierungsteam von Friedbert

Pflüger Zuständige für Kultur betont, dass heute schon über sieben Prozent der Berliner Erwerbstätigen in verschiedenen Teilbereichen der so genannten Kulturwirtschaft, Freiberufler und freie Mitarbeiter nicht mitgezählt, arbeiten. London, Wien und Göteborg hätten es vorgezogen. Mit gezielter Unterstützung durch Fonds, Kompetenzzentren und Netzwerkarbeit haben diese



Monika Grütters

Städte das Potential von Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Kultur und Wirtschaft zu einem echten Wirtschaftsfaktor ausgebaut. In London etwa sei es der drittgrößte Beschäftigungsfaktor. Grütters: „Um die Kulturwirtschaft auch in Berlin zu einem Image- und Standortfaktor zu entwickeln, bedarf es effizienter Förderstrukturen und verlässlicher Rahmenbedingungen, für die Union sorgen wird.“

IN KÜRZE

SPD-Finanzsenator Sarrazin redet Berlin schlecht

Sarrazins Vergleich zwischen dem heutigen Berlin mit dem Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet der CDU-Fraktionsvorsitzende Nicolas Zimmer als einen „Affront gegenüber allen Berlinern“. Berlin sei eine tolle Stadt, die Großartiges geleistet habe. Der Regierende Bürgermeister habe bislang den Eindruck erweckt, in Berlin sei alles erledigt und die Stadt aufgeräumt. Damit stehe Wowereit im krassen Gegensatz zu seinem eigenen Finanzsenator, der Berlin mit einer Trümmerstadt vergleicht, so Zimmer.

Berlin braucht ein Gesetz zur Mittelstandsförderung

„Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Michael Dietmann. Die CDU-Fraktion hatte bereits im Jahr 2003 ein Gesetz zur Förderung des Mittelstandes erarbeitet und in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht, das jedoch damals von Rot-Rot abgelehnt wurde. Nachdem die Notwendigkeit eines Mittelstandsförderungsgesetzes mittlerweile auch von den Kammern erkannt werde, sei lediglich der derzeitige Berliner Senat dagegen, sagte Dietmann.

Berliner CDU begrüßt Anti-Terror-Datei

Der Innenexperte im Pflüger-Regierungsteam, Frank Henkel, hat die Einigung der Innenminister des Bundes und der Länder auf eine Anti-Terror-Datei begrüßt: „Dies ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Terrorismus in Deutschland.“ Folgen müssten jetzt eine Ausweitung der Videoüberwachung und verdachtsunabhängige Kontrollen. Henkel: „Die CDU erwartet keine Wunder von der Datei. Sie gewährleistet aber einen effektiveren Informationsaustausch unter den Sicherheitsbehörden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Terrorbekämpfung.“